

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Elke Leonhard MdB
zum 40. Todestag von
Kurt Schumacher: Ein
Kämpfer gegen jede Art
von Totalitarismus.

Seite 1

Dokumentation

Heidemarie Wiczorek-
Zeul MdB sprach am
15. August in Wiesba-
den auf der Kundge-
bung ihrer Partei gegen
den Krieg auf dem Bal-
kan. Wortlaut:

Seite 4

47. Jahrgang / 156

17. August 1992

Ein Kämpfer gegen jede Art von Totalitarismus Zum 40. Todestag von Kurt Schumacher

Von Dr. Elke Leonhard MdB

Nicht nur im Politischen, sondern auch im Geistigen und Kulturellen muß die Demokratie die große Selbstverständlichkeit sein. (Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, 25. August 1945)

Das Urteil der Nachwelt über Kurt Schumacher ist - weit über die Forderung des griechischen Weisen Cheilon hinaus, von Toten nichts außer Gutem zu sagen - von einhelligem Respekt geprägt. Charisma und Überzeugungskraft des ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD bestimmen den Tenor der Erinnerungen. So schrieb Carlo Schmid im Jahre 1961: "Wenn Kurt Schumacher im Bundestag sprach, verwandelte sich der große Saal am Rhein. Nicht nur, daß sich alle Bänke und Tribünen füllten, nicht nur, daß alle an den Lippen das Mannes hingen, dessen zerschundener und zerschlagener Körper nur mehr da zu sein schien, um die Flamme seines Geistes und seines Herzens zu tragen: Das Klima des Saales selbst war urplötzlich verwandelt."

Kurt Schumacher wurde nur 56 Jahre alt. Gleichwohl hat er wichtige Abschnitte der deutschen Geschichte unseres Jahrhunderts erlebt, durchlitten und geprägt: Als politischer Redakteur, als Landtags- und Reichstagsabgeordneter, als Verfolgter und Gefolterter des Nazi-Regimes, schließlich als Wiederbegründer der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg und Oppositionsvorsitzender im ersten Deutschen Bundestag. Wer war dieser Mann, den Helmut Schmidt - mit Bewertungen dieser Art sonst zurückhaltend - als Genie mit hoher analytischer Begabung bezeichnete?

Als einziger Sohn und jüngstes von vier Kindern einer alteingesessenen Kaufmannsfamilie wird Kurt Schumacher am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Culm an der Weichsel geboren. Sein Vater Carl - politisch liberal eingestellt - erzieht ihn mit Strenge zu Fleiß und Pünktlichkeit. Früh entwickelt Schumacher ein eigenständiges politisches Bewußtsein, bezieht bereits mit 17 Jahren die Zeitschrift der revisionistischen Sozialdemokraten, die "Sozialistischen Monatshefte". Seine Schulzeit im Culmer "Königlichen Gymnasium" endet im Jahre 1914 mit dem Notabitur. Er meldet sich freiwillig zur Armee, kommt Anfang November an die Ostfront und wird bereits einen Monat später, am 2. Dezember 1914, schwer verwundet. Der 19jährige verliert seinen rechten Arm.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltet Umgang
mit normaler Reduktion
Kopierpapier



Im zweiten Kriegsjahr nimmt Kurt Schumacher das geplante Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie auf, das er 1918 mit dem ersten juristischen Staatsexamen abschließt. Halle, Leipzig und Berlin sind die Stationen jener Jahre, in denen Schumacher seinen in der Schulzeit begonnenen Weg zur Sozialdemokratie fortsetzt: Im Jahre 1920 wird er mit einer Dissertation über den "Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie" promoviert, in der er sich zur staatsbejahenden, auf Ferdinand Lassalle zurückgehenden Traditionslinie der SPD bekennt, zugleich aber das Fehlen einer positiven sozialistischen Staatslehre in der Vorkriegszeit kritisiert. Demgegenüber versteht er die Mehrheitssozialdemokratie, der er sich im Januar 1918 angeschlossen hat, als "Staatspartei schlechthin".

Die Weimarer Republik erlebt Schumacher als rasch aufsteigender Berufspolitiker: Von 1920 bis 1923 ist er politischer Redakteur der Stuttgarter Parteizeitung "Schwäbische Tagwacht"; seit Mai 1924 gehört er dem württembergischen Landtag an und spricht regelmäßig als Hauptredner seiner Fraktion zu den Etats von Justiz- und Arbeitsministerium. Bekannt aber wird Schumacher erst als Mitglied des Reichstags, in den er - inzwischen SPD-Vorsitzender in Stuttgart - nach den Neuwahlen vom 14. September 1930 einzieht. Er gehört auch dort zum Vorstand seiner Fraktion.

Nur ein einziges Mal spricht Kurt Schumacher vor dem Plenum des Reichstages - am 23. Februar 1932: seine scharfen Attacken gegen die Nationalsozialisten bringen ihm auf Anhieb die Achtung seiner Fraktionskollegen, aber auch den Haß der Angesprochenen ein. "Das deutsche Volk", so Schumacher, "wird Jahrzehnte brauchen, um wieder moralisch und intellektuell von den Wunden zu gesunden, die ihm diese Art Agitation geschlagen hat. ... Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen." Nach einer Mahnung durch den Reichstagspräsidenten Paul Löbe fährt Schumacher fort: "Wenn wir irgend etwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, daß ihm zum erstenmal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist."

6. Juli 1933. Zwei Wochen nach dem Verbot der SPD wird Kurt Schumacher in Berlin verhaftet. Die nationalsozialistische "Stuttgarter Zeitung" berichtet am 12. Juli 1933, mit Schumacher sei einer der "schamlosesten sozialdemokratischen Hetzer ganz Deutschlands" unschädlich gemacht worden: "Wir sprechen nur den Wunsch der breiten Öffentlichkeit aus, wenn wir den Fall Schumacher der politischen Polizei einer Sonderbehandlung empfehlen, denn was dieser Parteigenosse auf dem Kerbholz hat, übersteigt die Grenzen allen Erträglichen." Für Kurt Schumacher beginnen zehn qualvolle Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Gesundheitlich ruiniert und fast erblindet, entläßt man ihn im März 1943 aus dem KZ Dachau, in dem er annähernd acht Jahre lang festgehalten wurde, obwohl sich zahlreiche Weggefährten immer wieder für eine Entlassung des Schwerkranken eingesetzt hatten. Nach Zwangsaufenthalt in Hannover und erneuter Verhaftung im August 1944 knüpft Schumacher noch im KZ Neugamme bei Hamburg Kontakte zu anderen Sozialdemokraten. Nur knapp entgeht er kurz vor Kriegsende der Erschießung durch seine Peiniger. Annemarie Ranger, Mitarbeiterin und Lebensgefährtin Schumachers nach dem Kriege, charakterisiert jene Jahre mit kurzen, treffenden Worten: "Im Konzentrationslager hatte er die Menschen nackt und bloß gesehen, Große und Kleine, Arbeiter und Aristokraten. Er kannte sie alle und hatte Mitleid mit ihnen. Er war nicht nur der harte Kämpfer, als der er vielen erschien, er hatte wahre menschliche Größe."

Am 10. April 1945 befreien amerikanische Truppen Hannover, im August wird der SPD-Ortsverein Hannover wiederbegründet - Kurt Schumacher ist sein Vorsitzender. Schnell wird er zur Schlüsselfigur, um den sich die Partei in den Westzonen Deutschlands scharf: die erste Parteikonferenz der SPD, die am 5. und 6. Oktober 1945 in Wennigsen bei Hannover tagt, bestimmt Schumacher zum politischen Beauftragten der Westzonen; sieben Monate später wird er beim SPD-Parteitag in Hannover zum ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD gewählt.

Kurz nach Kriegsende erklärt Schumacher: "Die Deutschen stehen in der schwersten Periode ihrer Geschichte. Es ist an der Zeit, dem deutschen Volk klarzumachen, daß es jetzt die unabwendbaren Folgen dessen erlebt, was es zu seinen großen Teilen selbst verschuldet hat." Gleichwohl wendet er sich gegen die Theorie einer Kollektivschuld der Deutschen: "Wir saßen

im Konzentrationslager, als andere Völker noch Bündnisse mit der Reichsregierung schloße. Wir kommen nicht mit Bitten und Forderungen, wir wollen gerechte und objektive Nachprüfung der Tatsachen." Die dritte Konferenz der Sozialistischen Internationale, die im Juni 1947 in Zürich tagt, nimmt der SPD-Vorsitzende zum Anlaß, die deutschen Sozialdemokraten gegen den Vorwurf mangelnden Widerstands während der Nazi-Diktatur in Schutz zu nehmen: "Bitte sprechen Sie nicht mehr über die Schwäche der Widerstandsbewegung unter den deutschen Sozialdemokraten. Keiner, der das Nazi-Regime nicht selbst erlebt hat, kann sich vorstellen, wie tief es die ganze Gesellschaft, ja selbst die privaten Familienbeziehungen durchsetzt hat, so daß das Udenkbare geschehen konnte - daß Mütter ihre Kinder und Söhne ihre Väter denunzierten und ins Konzentrationslager brachten. Dennoch gab es eine Widerstandsbewegung, wenn ihr auch, anders als in den besetzten Ländern, der Antrieb des Kampfes für die nationale Freiheit fehlte."

Selbstbewußt vertrat er die deutschen Interessen auch gegenüber den Besatzungsmächten - Freunde konnte er sich damit nicht machen. So betrachteten ihn die Sowjets, wie Willy Brandt resümiert, als Feind Nummer eins, weil er sich weigerte, jede Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Sozialisten zuzulassen. Er habe ein sozialdemokratisches und freie Deutschland, keinen sowjetischen Marionettenstaat gewollt. Gleichzeitig sei er "für die Amerikaner zu sehr Sozialist, für die Engländer zu aggressiv und für die Franzosen zu deutsch" gewesen. Brandt: "Für sie alle war er zu unabhängig."

Das Ziel der SPD - die Übernahme von Regierungsverantwortung im Deutschland der Nachkriegszeit - faßt Schumacher im Juli 1945 in den Aufruf "Konsequenzen zur deutschen Politik" in Worte: "Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Anspruch auf die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens erhebt, dann tut sie das nicht aus einem selbstsüchtigen Parteimotiv. Sie denkt nicht daran, auch nur den Versuch zu machen, andere unbelastete und aufbauwillige Kräfte in Deutschland von dem Recht auf Mitgestaltung auszuschließen. Sie will aber eine klare Entscheidung darüber, ob wir in Deutschland einen Neubau oder einen Wiederaufbau vornehmen wollen." Das Volk, dessen ist sich Schumacher sicher, empfinde die Sozialdemokratie als eigentlichen Gegenpol des Nazismus. Diese Zuversicht wird bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag enttäuscht: Konrad Adenauer führt eine neue, noch uneinheitliche CDU zu einem knappen Sieg über die SPD - für Schumacher ein Schock, von dem er sich in seinem Innersten kaum jemals erholt.

Bei aller Ermüchterung bleibt Schumacher Pragmatiker, sucht nach einer Neudefinition der parlamentarischen Opposition. Hatte er noch im August 1945 von der "bequemen Rolle der Opposition" gesprochen; so zeigt er in seiner Antwort auf die erste Regierungserklärung Konrad Adenauers am 21. September 1949 im Deutschen Bundestag eine deutlich gewandelte Haltung: "die vorbehaltlose Überbewertung der Regierungsfunktion und die ebenso vorbehaltlose Unterbewertung der Oppositionsfunktion stammt aus dem Obrigkeitsstaat. ... Die Opposition ist nicht zweitrangige Hilfestellung für die Regierung. Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft. Ihre Eindeutigkeit zwingt alle Parteien, die der Opposition wie die der Regierung, ihr innerstes Wesen an ihren Taten zu offenbaren."

Realismus und Augenmaß kennzeichnen auch Kurt Schumachers wegweisendes Verständnis von der Aufgabe der SPD, das er mehrfach, mit besonderer Prägnanz aber beim Hamburger Parteitag des Jahres 1950 zum Ausdruck bringt: "Die Partei muß eine politische Partei sein, das heißt, sie kann keine Ersatzkirche und keine Sekte sein wollen. Sie ist nichts als der Zusammenschluß von Menschen, die sich entschieden haben, auf der Grundlage gemeinsamer Vorstellungen von der Würde des Menschen und gemeinsamer Einsichten in das, was um der Wahrung und Wiederherstellung der Würde des Menschen willen Not tut, einiges Grundlegende in den heutigen politischen Verhältnissen dieser Welt von der Wurzel aus zu verändern. Aus welchen Gründen der einzelne die Entscheidung getroffen hat, zu unserer Partei zu stoßen, ist gleichgültig." Fernab jeder Ideologie leitet Schumacher so jene Öffnung der SPD ein, die sich programmatisch erst Jahre später, im Godesberger Programm von 1959, niederschlagen sollte. Annemarie Renger: "Kurt Schumacher hat keine Schriften hinterlassen. Ganz der unmittelbaren Aktion verschrieben, hat er in seinen Reden gleichwohl das theoretische Fundament für eine moderne Sozialdemokratie gelegt."

Obgleich körperlich schwer behindert - im Jahre 1947 mußte ein Bein amputiert werden - behielt Schumacher geistige Produktivität und heftiges Temperament bis zum letzten Tag. Er starb, trotz seiner angeschlagenen Gesundheit unerwartet, am 20. August 1952 in Bonn. Noch am Vormittag hatte er amerikanischen Journalisten ein Interview gegeben, nachmittags ausführlich mit Erich Ollenhauer gesprochen. Als Annemarie Renger kurz nach 10 Uhr abends in sein Zimmer kam, "war er ganz still eingeschlafen. Sein Gesicht war vollkommen entspannt - großartig in seiner ungewohnten Ruhe."

Es wäre verfehlt, die Bedeutung Schumachers für Deutschland und die Sozialdemokratie in einzelnen Abschnitten seines Wirkens, in einzelnen zeitbedingten Aussagen oder Handlungen zu suchen: Die Biographie dieses Mannes, geprägt von Gradlinigkeit und Zivilcourage, sein unbeirrbares Eintreten für Gerechtigkeit und Demokratie, seine Absage an Dogmen, Ideologien und Totalitarismus gleich welcher Couleur als Ganzes sind es, die noch heute, 40 Jahre nach seinem Tod, die Erinnerung an die starke und eindrucksvolle Persönlichkeit, an den großen Sozialdemokraten Kurt Schumacher wachhalten.

(-/17. August 1992/rs/fr)

DOKUMENTATION

Gegen Krieg und Völkermord in Bosnien-Herzegowina

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB, Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen Süd, Mitglied des SPD-Präsidiums und europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, nahm auf der Kundgebung des SPD-Bezirks Hessen-Süd am 15. August in Wiesbaden gegen den Krieg auf dem Balkan Stellung. Der Wortlaut:

Die südhessische SPD hat heute zu dieser Kundgebung aufgerufen, um ein Ende des Völkermordes von Serben an bosnischen Muslimen in Bosnien-Herzegowina einzufordern, um zu protestieren gegen den schrecklichen Rückfall in die Barbarei auf dem Boden des zerfallenen Jugoslawiens, um den Flüchtlingen, die von den Serben verdrängt worden sind, zu sagen: Wir wollen Euch schützen. Bei uns in Hessen. Bei uns in Wiesbaden. Um für ein Ende des Krieges zu demonstrieren und Druck auszuüben, daß aus dem Krieg in Europa kein europäischer Krieg wird, und um zu signalisieren: die Orientierung deutscher Außenpolitik muß Kriegsverhinderungspolitik bleiben.

Wir maßen uns nicht an, die Ursachen der jetzigen Situation im zerfallenen Jugoslawien in all ihren Teilen richtig beurteilen zu können. Aber eines ist klar: Alles, was in Bosnien-Herzegowina gegen unschuldige Menschen geschieht, das Morden, Quälen, Foltern und Vertreiben der bosnischen Muslime, verstößt gegen alles, wofür das Europa der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte steht. Unsere Geschichte lehrt uns: Niemals wegsehen, wo Unrecht geschieht! Völkermord, "ethnische Säuberungen", Internierungslager darf es niemals mehr geben, ohne daß die internationale Staatengemeinschaft mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln dem ein Ende macht. Deshalb sind gerade wir in Deutschland gefordert, Druck in diesem Sinne auszuüben und nicht "wegzusehen". Deshalb begrüßen wir den Beschluß des UNO-Sicherheitsrates vom Donnerstag abend, der endlich die dramatische Verletzung der internationalen Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina anprangert und die persönliche Strafbarkeit derjenigen betont, die sich daran beteiligen.

Wir fordern:

- Alle zivilen und militärischen Gefangenenlager müssen unter der Obhut von UNO-Blauhelmen und Internationalem Roten Kreuz aufgelöst werden, damit die Verfolgung, Mißhandlung und Tötung der Menschen in den Lagern ein Ende bereitet wird.
- Ähnlich wie in den bereits eingerichteten UN-geschützten Gebieten in Kroatien müssen auch in Bosnien-Herzegowina durch UNO-Blauhelme geschützte Gebiete geschaffen werden.
- Die UNO-Völkermord-Konvention vom 9. Dezember 1948 muß endlich angewandt werden.

Artikel IV der Konvention besagt, daß alle "Personen, die Völkermord... begehen, bestraft werden, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind." Die Vertreibung und Vernichtung von bosnischen Muslimen ist nach dieser UNO-Konvention eindeutig versuchter Völkermord. Es gibt viele namentlich bekannte Täter und sie müssen wissen, daß sie in jedem Unterzeichnerstaat der Völkermord-Charta wie gemeine Kriminelle zur Rechenschaft gezogen werden!

Ich fordere deshalb einen internationalen Strafgerichtshof, vor dem derartige Verbrecher abgeurteilt werden müssen!

Warum kommen solche Demonstrationen erst so spät?

Ich glaube, wir alle im westlichen Teil Europas waren lange Zeit wie gelähmt. Wir alle haben lange Zeit ein Gefühl der Hilflosigkeit empfunden angesichts des Aufbrechens von neuem schrecklichen Nationalismus angesichts von Haß, den wir überwunden glaubten.

Daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein dürfe, weil sich sonst die Welt selbst vernichten würde, war unsere gemeinsame Lehre während der Blockkonfrontation. Daß am Ende dieses Jahrhunderts Menschen sich nicht mehr - wie an seinem Beginn in Schützengräben - niedermetzeln würden, das war unser aller Hoffnung am Ende des Ost-West-Konfliktes. Aber: Krieg herrscht seit Monaten im ehemaligen Jugoslawien. Und die Frage ist: Weitet er sich zu einem Flächenbrand auf dem Balkan aus? Oder schaffen wir es, mit politischen Mitteln, mit den Mitteln des Wirtschaftsembargos und der Blockade und allem politischen Druck, den Krieg zu stoppen und seine Ausbreitung einzudämmen und zu verhindern?

Weil sich die europäischen Regierungen bisher politisch nicht wirklich einigen konnten, weil zum Beispiel die griechische Regierung offensichtlich eine völlig andere Bewertung Serbiens hat, verzichteten bisher UNO und EG auf die wirksamste "Waffe" gegen den Krieg, nämlich eine Totalblockade gegen Serbien. Sie hat der UN-Sicherheitsrat gerade nicht beschlossen. Er eröffnet stattdessen die Möglichkeit für militärische "Ersatzmaßnahmen", die alle Militärfachleute aus ihren Erfahrungen und Bewertungen heraus als Beginn des Hineinschlitterns in einem europäischen Vietnam-Krieg betrachten. So haben die NATO-Beratungen am Donnerstag dieser Woche diese Sorge gegenüber der militärischen "Begleitung" der Hilfskonvois zum Ausdruck gebracht. Andere Experten, wie die des Institutes für Strategische Studien in London warnen offen davor. Deshalb rufen wir dazu auf, das zu tun, was den Krieg wirklich austrocknet und den Menschen im zerfallenden Jugoslawien wirklich hilft:

- Wir fordern die Bundesregierung auf, in der EG und in der UNO alle notwendigen Initiativen für eine Totalblockade Serbiens zu ergreifen. Das ist das einzige Instrument, das die serbischen Aggressoren wirklich in die Knie zwingt!
- Das Ziel muß sein, daß alle Lieferungen von Öl, Waffen oder anderen wirtschaftlichen Gütern an Serbien wirksam unterbunden werden. Das gilt auch für den Transitverkehr. Die EG kann dazu zu Eift - notfalls ohne Griechenland - die Initiative ergreifen. Die Kontrolle kann durch Zollbeamte - oder wenn die UNO sich engagiert - durch UNO-Beobachter erfolgen. Der Status der Schifffahrt auf der Donau muß so geändert werden, daß eine Kontrolle der Ladungen möglich wird.
- Griechenland muß sich diesen Bestimmungen fügen. Wenn sich Griechenland weiter gegen diese Solidarität verhält, müssen finanzielle EG-Sanktionen gegen dieses Land ergriffen werden. Man kann nicht die finanzielle Solidarität der EG-Partnerländer in Anspruch nehmen, aber sich den wirtschaftlich notwendigen Maßnahmen der Solidarität entziehen! Boykott den Boykottbrechern!
- Besonders skandalös und widersprüchlich verhält sich bisher auch Rumänien. Bis Ende 1989 konnte Rumänien, wie jeder weiß, seine Grenzen lückenlos kontrollieren. Heute soll das, zu richtigem Zweck, dem des Embargos, nicht mehr möglich sein?

Auch hier fordere ich Druck der Bundesregierung und der EG: Die EG verhandelt über ein Assoziierungsabkommen mit Rumänien. Die Verhandlungen sollen bereits Mitte September abgeschlossen sein! Ich fordere den sofortigen Abbruch der Verhandlungen, wenn Rumänien nicht endlich bereit ist, entweder selbst oder durch UNO

- oder EG-Kontrolleure die Blockade Serbiens zu vollziehen und das Embargo zu beachten! Boykott den Boykottbrechern!

- Firmen, die das Embargo gegen Serbien unterlaufen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die Bundesregierung muß ihre Namen nennen und die Verantwortlichen vor Gericht stellen.
- UN-Beobachter sollen in den Spannungsgebieten des Kosovo und der Vojvodina stationiert werden, um zu verhindern, daß auch dort gewaltsame Auseinandersetzungen aufflammen.
- Die europäischen Regierungschefs müssen ihre Untätigkeit beenden und zu einer Balkan-Konferenz zusammenkommen, bei der unter Beteiligung aller Anrainer-Staaten über die Zukunft der Republiken im zerfallenen Jugoslawien politisch verantwortlich verhandelt wird. Dabei muß jedes Land klar machen, daß niemand aus der Völkergemeinschaft Kriegsgewinne der Serben, daß niemand die Ergebnisse der ethnisch-rassistischen, nationalistischen Vertreibungspolitik anerkennt.

Wir sehen die ausgemergelten hungernden Männer in den Lagern. Und jeder und jede von uns sieht dahinter die Bilder und Assoziationen der Konzentrationslager der Hitler-Barbarei vor den eigenen Augen aufsteigen. Verlangt dies gerade von uns Deutschen deshalb die Forderung nach militärischer Intervention, weil die Konzentrationslager in Deutschland nur militärisch befreit werden konnten?

Ich meine, nein. Die moralische Verantwortung unserer Geschichte verlangt von uns heute, nach Mitteln zu suchen, damit diesen Verbrechen und dem Völkermord ein Ende gemacht wird und uns für die Mittel zu entscheiden, bei denen die Opfer am geringsten und das Maß unserer Schuld am geringsten bleibt. Und militärisches Eingreifen wird größere Opfer verursachen. Wer Luftangriffe oder den Einsatz von Bodentruppen gegen die serbischen Tschetniks beziehungsweise serbische Truppen fordert, muß auch sagen, daß sie kein einziges Lager befreien, sondern nur neue Opfer und eine weitere militärische Eskalation zur Konsequenz hätten. Gerade deshalb muß der internationale Druck auf Serbien massiv werden, die Lager aufzulösen.

Oskar Lafontaine hat im übrigen zurecht darauf hingewiesen, daß unsere deutsche Verantwortung nicht nur punktuell sein kann, sondern daß deutsche Verantwortung weltweit heißen muß: Hunger zu bekämpfen, der, wie in Somalia, allzu lange unbeachtet blieb, und der jetzt Millionen Tote zur Konsequenz haben wird. Die UNO in ihrem Bemühen zu unterstützen, Armut, Seuchen, Umweltprobleme und mögliche ethnische Konflikte wirklich vorbeugend bekämpfen zu können. Dazu muß sie von den Staaten der internationalen Gemeinschaft auch finanziert werden. Die Politik der Bundesrepublik war, darauf hat der erzkonservative General Schmücke hingewiesen, im Konsens zwischen den Parteien auf Kriegsverhinderung orientiert. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland entspricht dem.

Den Menschen im zerfallenen Jugoslawien hilft keine Veränderung unserer Verfassung in Richtung auf militärische Kampfeinsätze. Ich wahre mich dagegen, daß der Konflikt um das zerfallene Jugoslawien als Vorwand genommen wird, um die Rolle der Bundeswehr in Richtung auf Kriegsführungspolitik zu verändern.

Auch wenn jeden Abend die Realität des Fernsehens zeigt, was Menschen imstande sind, einander anzutun, müssen wir unser Denken vor Militarisierung und Verrohung schützen.

Was können wir selbst tun, um den Menschen zu helfen?

- Durch Kundgebungen überall in Europa zeigen: Die Welt will, daß die Politik endlich ihre Aufgaben wahrnimmt, daß Krieg und Völkermord beendet werden.
- In Westeuropa dafür sorgen, daß das Band der Verflechtung zwischen den Nationalstaaten erhalten bleibt, so daß Europa als Hoffnung und Sinnbild dafür erhalten bleibt, daß Nationalismus und Hegemonie auf Dauer überwunden werden können.
- Als allererstes aber den Flüchtlingen helfen, die zu uns gekommen sind. In den letzten zwei Wochen sind 750 Menschen aus Bosnien neu nach Hessen gekommen. Wir danken all den Menschen, den Familien, den humanitären Organisationen, den Kirchen, die in den vergangenen Wochen ihre Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtenden so überzeugend bewiesen haben.

Und: Darum: Spenden, Spenden, damit für die Flüchtlinge in Kroatien und Slowenien feste Wohnungen für den Herbst errichtet werden können.

(-17. August 1992/rs/fr)
